

Stellungnahme der Staatsregierung

zu Drs 7 / **4466**

Thema: Weiterentwicklung der sächsischen Krankenhauslandschaft am Gemeinwohl orientieren!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Ausgegeben am: 10.11.2021

Die Staatsministerin

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES UND GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT
Albertstraße 10 | 01097 Dresden

Sächsischer Landtag
Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales und
Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Frau Susanne Schaper, MdL
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Durchwahl
Telefon +49 351 564-55000
Telefax +49 351 564-55010

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)
Dokument(Unser Zeichen)

Dresden,
24. November 2020

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Drs.-Nr.: 7/4466

Thema: Weiterentwicklung der sächsischen Krankenhauslandschaft am
Gemeinwohl orientieren!

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht,

in Anbetracht der Erfahrungen aus der Corona-Pandemie die nachhaltige Weiterentwicklung, Sicherung und Anpassung der sächsischen Krankenhauslandschaft konsequent am Gemeinwohl zu orientieren und dazu

1. im Rahmen der Zukunftswerkstatt für ein neues Sächsisches Krankenhausgesetz über die derzeitige Zielstellung hinaus auch erforderliche Veränderungen der bundespolitischen Rahmensetzungen aufzuzeigen, welche
 - a) auf eine Abkehr vom System der Fallpauschalen abzielen und auf eine bedarfsgerechte Kostendeckung der stationären medizinischen Versorgung ausgerichtet sind,
 - b) den Bundesländern gegenüber den Krankenhausträgern stärkere Planungsrechte und -möglichkeiten einräumen, sodass verbindliche regionale Versorgungsplanungen ermöglicht, der Abbau von Betten verhindert und Kapazitätsreserven einkalkuliert werden können,
 - c) Strukturveränderungen von Krankenhäusern, akutstationären Versorgungseinrichtungen oder Teilen hiervon auch ohne Kapazitätsabbau als förderfähig einstufen,
 - d) die Ausschüttung von Gewinnen aus dem Betrieb von Krankenhäusern verbieten,
 - e) auf die Schaffung eines Bundesfonds zur Rekommunalisierung abzielen, sodass Rückführungen in öffentliche und gemeinnützige Trägerschaften ermöglicht und darüber hinaus Privatisierungen von Krankenhäusern verhindert werden,
 - f) die Personalbemessung in allen patientennahen Bereichen bundesweit einheitlich gesetzlich regeln;

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
für Soziales und Gesellschaft-
lichen Zusammenhalt
Albertstraße 10
01097 Dresden

www.sms.sachsen.de

2. zukünftig bereits in den Entwürfen der Haushaltspläne für den Freistaat Sachsen die gesetzliche Verpflichtung der Bundesländer zur Übernahme der Krankenhausinvestitionen in vollem Umfang zu berücksichtigen.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung nehme ich zu dem Antrag wie folgt Stellung:

zu 1.:

Die Zukunftswerkstatt für ein neues Sächsisches Krankenhausgesetz sieht bereits jetzt vor, nicht nur Eckpunkte für landesrechtliche Regelungen zu erarbeiten, sondern auch die bundesrechtlichen Rahmenbedingungen in den Blick zu nehmen, Thesen zu entwickeln und daraus Handlungsoptionen der Sächsischen Staatsregierung abzuleiten.

Gleichwohl kann den unter a) bis f) genannten Forderungen nicht zugestimmt werden, da diese bereits vor Beginn der Zukunftswerkstatt konkrete Lösungswege formulieren, ohne Alternativen sowie Vor- und Nachteile aufzuzeigen. Die Zukunftswerkstatt setzt gerade nicht darauf, vorgefertigte Eckpunkte und Maßnahmenpakete lediglich abzuarbeiten. Vielmehr sollen diese erst in der Zukunftswerkstatt gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern diskutiert und formuliert werden.

zu 2.:

Im Rahmen der Erarbeitung der Haushaltspläne werden die von den Krankenhäusern angemeldeten Bedarfe selbstverständlich bereits berücksichtigt. Die Staatsregierung stellt im Rahmen der politischen Schwerpunktsetzung eine auskömmliche Mittelausstattung in der Krankenhausinvestitionsfinanzierung sicher. Auf Grund der derzeitigen Pandemie kann über die zukünftige Haushaltssituation im Freistaat Sachsen jedoch keine Aussage getroffen werden.

Mit freundlichen Grüßen


Petra Köpping